

Stadt Osnabrück
Die Oberbürgermeisterin

Vorlagennummer: VO/2026/5583
Vorlageart: Beschlussvorlage
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich

Stadtverwaltung Osnabrück im Nationalsozialismus

Datum: 29.05.2026
Federführung: Vorstand für Bildung, Kultur und Familie
Fachbereich Kultur

Beratungsfolge

Gremium	Datum	Sitzungsart	Top-Nr.
Ausschuss für Finanzen und Beteiligungssteuerung (Vorberatung)	09.06.2026	Ö	
Kulturausschuss (Vorberatung)	18.06.2026	Ö	
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	30.06.2026	N	
Rat der Stadt Osnabrück (Entscheidung)	30.06.2026	Ö	

Beschluss:

1. Die Geschichte der Stadtverwaltung Osnabrück in der NS-Zeit wird qualifiziert aufgearbeitet.
2. Hierzu schließt die Stadt eine Forschungspartnerschaft mit der Universität Osnabrück, den Gedenkstätten Gestapokeller/Augustaschacht und dem Nds. Landesarchiv, Standort Osnabrück, in der u.a. die wissenschaftliche Unabhängigkeit garantiert wird.
3. Das Projekt erschließt unter Federführung der Universität die archivalische Überlieferung zum Personal und zum Verwaltungshandeln der Stadtverwaltung im Kern von 1933 bis 1945 mit begrenztem Ausgreifen in die Zeit vor 1933 und nach 1945. Ergebnis sind ein ausführlicher Forschungsbericht und erste wissenschaftliche Aufsatzpublikationen.

A. Finanzielle Auswirkungen:

- Ja
 Nein (Bitte nachfolgenden Inhalt bis "B. Personelle Auswirkungen" löschen)

	Ergebnishaushalt (ohne Folgekosten)	Finanzaushalt/ Investitionsprogramm
Erträge/Einzahlungen (+)	Drittmittel noch nicht bezifferbar €	€
Aufwendungen/Auszahlungen (-)	-199.400 €	€
Summe	-199.400 €	€

Folgekosten (jährlich) €

Weitere Angaben

Die oben dargestellten finanziellen Mittel beziehen sich auf die Jahre 2027 und 2028.

Die Stadt verantwortet die Finanzierung des Vorhabens. Die erforderlichen Mittel sollen mit Unterstützung des städtischen Fördermanagements, der Universität sowie ggf. weiterer Partner eingeworben werden.

Der nicht durch Drittmittel gedeckte städtische Finanzierungsanteil muss in der Haushaltsplanung 2028 berücksichtigt werden.

B. Personelle Auswirkungen: keine, die erforderlichen befristeten Stellen werden an der Universität Osnabrück eingerichtet.

C. Integrations- /Gleichstellungs-/ Inklusionspolitische Auswirkungen:

- positiv
- negativ
- keine

D. Auswirkungen auf den Klimaschutz (CO₂-Ausstoß/Energieverbrauch):

- positiv
- negativ
- keine

E. Auswirkungen auf Arbeitsplätze und den Wirtschaftsstandort Osnabrück:

- positiv
- negativ
- keine

F. Ggf. Alternativen zum Beschlussvorschlag:

G. Beteiligte Stellen: Fachbereich Finanzen und Controlling

Der Inhalt der Vorlage unterstützt folgende/s strategische/s Ziel/e:

Vielfältiger Kulturstandort und lebendige Friedensstadt - vielfältig-offen-kreativ (Ziel 2021-2030)

Sachverhalt:

Für die Osnabrücker Stadtverwaltung im Nationalsozialismus liegt bisher keine systematische wissenschaftliche Untersuchung vor, die die Verwaltung als Institution, ihr Personal und ihre Handlungsspielräume in den Mittelpunkt der Forschung stellt. Dabei ist gerade die Beantwortung der Frage wie rechtsstaatliche Prinzipien auch im Handeln einer Stadtverwaltung zunehmend ausgehöhlt wurden und wie die Verwaltung aktiver Teil eines Unrechtssystems wurde, auch zukunftsrelevant vor dem Hintergrund, dass die Demokratie derzeit von vielen Seiten unter Druck gerät.

Prof. Dr. Christoph Rass, Universität Osnabrück, Neueste Geschichte und Historische Migrationsforschung, hat für ein entsprechendes Forschungsvorhaben ein erstes Konzept vorgelegt.

Im Rahmen einer Forschungspartnerschaft, getragen von der Universität Osnabrück (AG Neueste Geschichte und Historische Migrationsforschung, Prof. Dr. Christoph Rass), der Stadt Osnabrück, den Gedenkstätten Gestapokeller/Augustaschacht und dem Nds. Landesarchiv, Standort Osnabrück, wird die Zusammenarbeit geregelt und die wissenschaftliche Unabhängigkeit des Projekts garantiert.

Über einen Zeitraum von 2 Jahren (2027–2028) wird eine empirische Grundlage erhoben, in der die archivalische Überlieferung zum Personal und zum Verwaltungshandeln der Stadtverwaltung im Kern von 1933 bis 1945 erschlossen wird. Zudem soll begrenzt in die Zeit vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten und in die Nachkriegszeit hinein ausgegriffen werden, um Übergänge und Kontinuitäten fassbar zu machen.

Die Befunde werden in eine strukturierte Datenbank überführt, die Forschungsdatensatz und Findmittel eines projektspezifischen Quelleninventars ist. Die Erschließung erfolgt als serielle Analyse von Sozialprofil und Handlungsmustern auf Grundlage der im Forschungskonzept identifizierten Quellenbestände. Die KI-gestützte Datenextraktion wird in Kooperation mit der TU Dortmund (AG Mustererkennung, Prof. Dr. Gernot Fink) realisiert.

Dieses Forschungskonzept produziert vier Ergebnisse:

1. eine *Personen- und Vorgangsdatenbank* (Open Access, Langzeitarchivierung NLA Osnabrück), die das Sozialprofil des kommunalen Verwaltungspersonals und administrative Vorgänge systematisch erfasst und auswertet;
2. ein *Quelleninventar*, das den archivalischen Bestand für weiter aufbauende Forschungen dokumentiert und erschließt
3. einen *Forschungsbericht*, der die Befunde zusammenfasst
4. erste *wissenschaftliche Aufsatzpublikationen* zur Stadtverwaltung im Nationalsozialismus

Langfristig bieten diese Ergebnisse die Grundlage, um die 2015 erschienene Publikation „Topografien des Terrors. Nationalsozialismus in Osnabrück“ (Heese, 2015), die die NS-Geschichte Osnabrücks thematisch breit behandelt, konzeptionell zu erneuern und an den Stand der Forschung anzupassen. Ziellinie sollte hierfür das Jahr 2033, „100 Jahre Machtübernahme, 30. Januar 1933“ sein.

Kostenplan

A — Personalkosten A.1	Wiss. Mitarbeiter/in E 13, 65 %, 24 Monate (Stufe 3→4)	ca. € 121.400
A.2	WHK MA-Abschluss, 80 h/Monat, Projektmonate 9– 24	ca. € 31.750
A.3	Stud. Hilfskraft BA- Abschluss, 24 h/Monat, Projektmonate M 1–16	ca. € 8.150
Zwischensumme Personal		ca. € 161.300
B — Forschungs- und Sachkosten B.1	Archivrecherche und -reisen	€ 4.800
B.2	Öffentliche Vorstellung Abschlussbericht	€ 2.500
B.3	Druckkosten · Lektorat · Satz	€ 4.000
B.4	Digitale Infrastruktur · Datenbankhosting · Langzeitarchivierung	€ 1.800
B.5	Wiss. Kooperation TU	€ 25.000

Dortmund (Prof. Fink)

Zwischensumme Sachkosten

ca. € 38.100

Gesamtfinanzierungsbedarf 1: ca. € 199.400.

Alle Personalkosten, die durch die befristet eingerichteten Stellen an der Universität Osnabrück entstehen, verstehen sich inkl. Arbeitgeberanteile (Sozialversicherung, VBL) und Jahressonderzahlung auf Basis der TVL Plansätze für 2027/28. Mögliche Tarifsteigerungen sind nicht einkalkuliert; ein Overhead der Universität ist nicht enthalten. Beide Positionen sind vor Vertragsschluss zu klären.

Die Stadt verantwortet die Finanzierung des Vorhabens. Die erforderlichen Mittel sollen mit Unterstützung des städtischen Fördermanagements, der Universität sowie ggf. weiterer Partner eingeworben werden. Der nicht durch Drittmittel gedeckte städtische Finanzierungsanteil muss in der Haushaltsplanung 2028 berücksichtigt werden.

Gez. Patricia Mersinger

Anlage/n

Keine